

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 25. November 2022

Sophia Schiebe

Queerfeindliche Gewalt entschieden bekämpfen und Betroffene unterstützen!

TOP 40 Kein Platz für Homophobie – Schleswig-Holstein ist weltoffen und tolerant (Drs. 20/394)

„Leider ist auch dieses Jahr von queerfeindlicher Gewalt geprägt. Unter anderem ist da Jess aus Herne zu nennen. Er wurde schwer verletzt auf einem Friedhof aufgefunden. Oder blicken wir nach Bremen. Dort wurde eine Frau in der Straßenbahn öffentlich angegriffen. Besonders getroffen hat uns alle der Tod von Malte beim vergangenen CSD in Münster. Doch auch in Schleswig-Holstein sieht es nicht anders aus. Es ist nicht lange her als in Kiel ein Angriff auf vier Männer vor einer Bar stattfand. Dies ist auch die Grund dafür, dass wir heute gemeinsam diesen Antrag gestellt haben und in diesem Hause diskutieren.

Queerfeindliche Gewalt hat viele Gesichter und sie findet alltäglich mitten unter uns statt: in Form von verbalen Äußerungen, durch körperliche Gewalt oder auch durch Morddrohungen. Sie findet statt mitten auf der Straße, ihn unseren Schulen, in den Sportvereinen oder direkt zu Hause vor Ort. Queerfeindliche Gewalt ist auch Teil von Kindeswohlgefährdung in unseren Familien. Queere Kinder und Jugendliche werden isoliert, eingesperrt, ignoriert, ihnen droht körperliche Gewalt von den eigenen Familienmitgliedern.

Queerfeindliche Gewalt hat unterschiedliche Motive: Sie speist sich aus rechten Ideologien, pseudoreligiöser Fundamentalismus, Sexismus oder beispielsweise toxischer Männlichkeit. Häufig wird diese Form der Gewalt als eben diese nicht gesehen oder anerkannt. Queerfeindliche Gewalt macht vor niemanden Halt. Sie richtet sich gegen queere Menschen egal welcher sozialen Herkunft oder wo sie geboren wurden. Allein die Art der Kleidung oder Form der Kommunikation sorgen Hass, Ausgrenzung und Hetze.

Liebe Kolleg*innen wir sehen, es gibt noch viel zu tun!

Aufklärungsarbeit zu sexueller sowie geschlechtlicher Vielfalt und die Sichtbarkeit von diversen Lebensformen können dazu beitragen, Ressentiments zu begegnen und Klischees zu relativieren. Dafür müssen wir mehr öffentliche Kampagnen, beispielsweise in Form von

Plakaten, Aufklebern und Socialmediaformaten unterstützen. Sie können als Signale der Öffnung verstanden werden.

Ein aufgeschlossenes gesellschaftliches Klima ermöglicht es, dass nicht-heterosexuelle und nicht-cis- geschlechtliche Menschen im Alltag für uns alle präsenter werden. Diese Präsenz unterstützt den Abbau von Vorurteilen wie auch Ängsten. Vielfältige Lebensweisen werden dadurch sichtbarer und können dazu beitragen selbstverständlicher zu werden.

Sogenannte Hassreden, Cyber-Mobbing sowie Diskriminierungen sind im Internet ein weitverbreitetes Phänomen, von dem queere Menschen besonders betroffen sind. Hier gilt es, Bemühungen von Anbietern und Providern zu unterstützen, um Menschen, die Angriffen ausgesetzt sind, besser zu schützen. Auch Onlinespiele sind nochmal genauer in den Blick zu nehmen, nicht selten finden sich hier nach wie vor noch sexistische, frauen- und LSBTIQ* feindliche Rollenbilder. Wir brauchen niedrigschwellige Meldesysteme die die Möglichkeit bieten, auf einfachem Weg diskriminierende Kommentare, Tweets oder Posts an die Betreiber der Plattform zu melden, damit zeitnah beispielsweise eine Sperrung des Accounts, von dem die Übergriffe ausgehen, erfolgen kann. Ziel muss es sein, Menschen, die von Hassreden, Mobbing oder Diskriminierung betroffen sind, schnell und effektiv vor diesen Übergriffen zu schützen.

Solange wir noch keine offene Gesellschaft erreicht haben und nach wie vor Angriffe auf queere Menschen stattfinden, müssen wir uns die Frage stellen, wie der Schutz von nicht-heterosexuellen und nicht-cisgeschlechtlichen Menschen im öffentlichen Raum gewährleistet werden kann. Öffentliche Räume sind als Ort für Mobilität, Konsum und Freizeit unvermeidlicher Teil des Alltags von Menschen und insbesondere von Jugendlichen. Die Bereitstellung von Schutz- und Hilfsangeboten im Fall von verbalen oder körperlichen Belästigungen oder Angriffen gegenüber queeren Menschen müssen von uns vorgehalten werden und finanziell gut ausgestaltet sein. Wir müssen Angebote wie von Lambda::Nord bei mir in Lübeck stärken und dafür Sorge tragen, dass auch für den ländlichen Raum queere Jugendtreffs und Beratungsangebote ausreichend vorhanden sind.

Lasst uns mit diesem Antrag einen weiteren Schritt für eine vielfältigere Gesellschaft gehen und bitte daher um Zustimmung des Antrages.“